



EU übernimmt Kosten
Zäune, Hunde, gerissene Tiere – Brüssel deckt alle Ausgaben, die Wölfe verursachen. Hintergrund 3



Wunsch nach Zweisamkeit
Senioren zahlen viel Geld, damit sie nicht allein durchs Leben gehen müssen. Region 30

Red Devils im Faktencheck
So stehen die Chancen der Heilbronner Ringer um Frank Stäbler im DM-Finale. Sport 25



HEILBRONNER STIMME

www.stimme.de

Samstag
19. Januar 2019

Zeitung für die Region
Heilbronn-Franken
Hohenlohe
Kraichgau

Nr. 16 · 2,20 Euro

Unser Wochenendmagazin als Beilage in dieser Zeitung

frei zeit

Nicht nur auf der Piste ist das Ötztal schön



Fotos: Tschewitschke, dpa



Weitere Themen:
Winterzählung von Wasservögeln
und die Messe
Handmade Love auf Burg Stettenfels.



Kommentar



Von Alexander Schnell

Weitere ehemalige Mitarbeiter von Audi geraten ins Visier der Justizbehörden.

Altlasten

Knapp dreieinhalb Jahre nach den ersten Enthüllungen zeichnet sich immer klarer ab, wie es zu dem Dieselskandal im VW-Konzern kommen konnte. Abgasnormen und Kostenvorgaben in Einklang zu bringen schien den Ingenieuren nicht möglich. Also griff man in der Entwicklungsabteilung zum Mittel der manipulierten Software – wohl mit Wissen etlicher Vorstandsmitglieder, wie auch der Fall des einstigen Entwicklungschefs Stefan Knirsch bei Audi gezeigt hat. Er musste nach einem Meineid gehen und ist nun ins Visier der amerikanischen Behörden geraten.

Besonders tragisch ist in diesem Zusammenhang die Anklage gegen Audis früheren Dieselschef Richard Bauder. Der Neckarsulmer hatte einst Geschichte geschrieben, als er 1989 an der Entwicklung des ersten TDI-Motors beteiligt war und mit dafür sorgte, dass die Selbstzünder sich auch in der Oberklasse etablieren konnten. 2014 noch sprach er in einem Kundenmagazin von Audi in den schillerndsten Farben über den Selbstzünder. Inzwischen hat Bauders Erbe tiefe Kratzer bekommen.

Was auch immer bei den Ermittlungen der Behörden herauskommen mag – es wird inzwischen immer klarer, dass etwa ein paar Dutzend Menschen an dem Betrug beteiligt waren. Ein paar Dutzend, die aber die weltweit mehr als 600.000 Angestellten des VW-Konzerns in Mitleidenschaft ziehen. Hunderttausende Mitarbeiter, die Tag für Tag engagiert für ein perfektes Produkt arbeiten und nichts für die Manipulationen können. Sie sind neben den betroffenen Kunden die Verlierer des Abgasskandals.

Dieses Kapitel an Altlasten ist für den VW-Konzern noch längst nicht erledigt und wird ihn noch einige Jahre beschäftigen. Ausgerechnet in einer Zeit, in der das Unternehmen den Kulturwandel forciert und in der dringende Zukunftsaufgaben wie die Elektromobilität mit aller Kraft bewältigt werden müssen.

@ Ihre Meinung?
alexander.schnell@stimme.de

Diskussion um Tempolimit

Regierungskommission mit Plänen zur CO₂-Reduzierung

BERLIN Für mehr Klimaschutz im Verkehr spricht eine Regierungskommission über Vorschläge wie Tempolimits auf Autobahnen, höhere Dieselsteuern und eine Quote für Elektroautos. Es handelt sich allerdings um einen ersten Vorschlag, „mit dem in keiner Weise Vorfestlegungen verbunden sind“, wie es in dem Papier von Anfang Dezember heißt. Es liegt der Deutschen Presse-Agentur vor. Der Katalog mit Ideen diene als „erste Orientierung“, wie der Verkehr sein Ziel für das Einsparen von Kohlendioxid (CO₂) bis 2030 schaffen könnte. Die Wirkung weiterer Maßnahmenbündel werde berechnet.

Der „Spiegel“ hatte zuvor berichtet, die Arbeitsgruppe zum Klimaschutz innerhalb der „Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität“ wolle ein Tempolimit von 130 Kilometern pro Stunde und höhere Steuern auf Diesel vorschlagen. Interessant ist dabei, dass Dieselaautos weniger CO₂ ausstoßen als vergleichbare Benziner. *dpa/red* Seite 2

US-Justiz arbeitet Dieselskandal auf

DETROIT Behörden erheben Anklage gegen namhafte Neckarsulmer Audi-Entwickler

Von unserem Redakteur
Manfred Stockburger

Dreieinhalb Jahre nach dem Auffliegen des Dieselskandals ist die US-Justiz mit ihren Ermittlungen gegen damals verantwortliche Audi-Manager noch nicht am Ende. Nach Martin Winterkorn und weiteren Konzern-Größen haben sich die Ankläger aus dem US-Bundesstaat Michigan jetzt vier zentrale Figuren aus der Entwicklung vorgeknöpft. Am Freitag wurde die Klageschrift veröffentlicht.

Im Zusammenhang mit dem Verkauf von Fahrzeugen mit in Neckarsulm entwickelten Drei-Liter-Dieselmotoren werfen die Ankläger den ehemaligen Audi-Managern unter anderem Betrug und Verschwörung vor. Es handelt sich um den ehemaligen Entwicklungsvorstand Stefan Knirsch, den langjährigen Leiter der Neckarsulmer Dieseleentwicklung Richard Bauder, den ehemaligen Leiter Aggregateentwicklung bei Audi in Ingolstadt, Axel Ei-

ser, sowie um Carsten Nagel, der in der Neckarsulmer Dieseleentwicklung für die Zulassung der Motoren zuständig war.

Abschalteinrichtungen In der Klageschrift zitieren die US-Ermittler aus verschiedenen E-Mails, die nahelegen, dass die vier Manager entgegen ihrer Aussagen wussten, dass die Motoren für den US-Markt illegale Abschalteinrichtungen enthielten. „Unsere schlimmsten Befürchtungen sind wahr geworden“, heißt es in einer E-Mail an Stephan Knirsch von Anfang 2015, als das Unternehmen noch jede Kenntnis einer Betrugssoftware vehement bestritt. Damit rückt die Aufklärung der Verantwortlichkeiten einzelner Manager ein Stück näher, auch wenn sich die vier Angeklagten außerhalb des Zugriffs der US-Behörden aufhalten, wie es heißt.

Zwei Kollegen, derer die US-Justiz habhaft werden konnte, sind im Zusammenhang mit ähnlichen Anschuldigungen bereits zu langjähri-

„Unsere schlimmsten Befürchtungen sind wahr geworden.“

E-Mail an Stefan Knirsch

Illegal

Um die strengen Stickoxid-Grenzwerte in den USA einhalten zu können, statteten VW und Audi – aber auch andere Marken wie Fiat – ihre Motoren mit nach US-Recht illegalen Abschalteinrichtungen aus. Eine Studie der amerikanischen Forschergruppe ICCT entdeckte Anfang 2014 **große Diskrepanzen** zwischen den angeblichen und den tatsächlichen Abgaswerten. Daraufhin begannen die Behörden, VW und Audi in die Mangel zu nehmen. Im September 2015 räumte VW den Betrug ein, Audi Monate später. *mfd*

gen Haftstrafen verurteilt worden. Audi und die Konzernmutter VW hatten vor zwei Jahren mit einem Vergleich einen Schlussstrich unter die Affäre gezogen. Damals hatten die Strafverfolger allerdings betont, dass individuelle Straftaten weiterhin verfolgt würden.

„Wir kooperieren weiterhin mit dem US-Justizministerium, was die Ermittlungen gegen Einzelpersonen angeht“, sagte ein Audi-Sprecher der Heilbronner Stimme.

Noch kein Termin Unabhängig von dem jüngsten Schritt der US-Justiz sind auch deutsche Staatsanwälte verschiedenen Audi-Managern auf der Spur – unter anderem dem ehemaligen Chef Rupert Stadler, der vergangenes Jahr mehrere Monate lang in Untersuchungshaft saß. Wann die Staatsanwaltschaft München II ihr Ermittlungsverfahren gegen Verantwortliche der Audi AG abschließen wird, steht momentan noch nicht fest.

Kommentar „Altlasten“

Mehr sichere Herkunftsstaaten

Bundestag weitet Einstufung aus – Abschiebung wird erleichtert

BERLIN Der Bundestag hat mit großer Mehrheit einem Gesetzentwurf zur Einstufung von Georgien, Algerien, Tunesien und Marokko als sichere Herkunftsstaaten zugestimmt. Einzig Vertreter der Fraktionen der Grünen und der Linkspartei sprachen sich am Freitag im Plenum gegen den Entwurf der Bundesregierung aus.

Der SPD-Abgeordnete Helge Lindh sagte, die Regelung sei wichtig, um bei Menschen aus diesen Ländern keine falschen Hoffnungen auf eine Zukunft in Deutschland zu wecken. Sie sei zudem „Ausdruck eines gesunden Pragmatismus“. Für den Entwurf stimmten 509 Abgeord-

nete. Mit „Nein“ votierten 138: Alle anwesenden Parlamentarier von Linken und Grünen, die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Bärbel Kofler, sowie elf weitere Sozialdemokraten. Vier SPD-Abgeordnete enthielten sich.

Sichere Herkunftsstaaten sind Staaten, bei denen die Vermutung besteht, dass es dort im Regelfall weder politische Verfolgung noch unzumutbare oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung gibt. Bisher fallen nur die EU-Staaten, Ghana, Senegal, Serbien, das Kosovo, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Albanien in diese Kategorie. Der Bundesrat

muss noch zustimmen. Das von Grün-Schwarz regierte Baden-Württemberg hält sich das Votum über die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten zunächst offen.

Zwar sagte Vize-Regierungschef Thomas Strobl (CDU) am Freitag in Stuttgart: „Der Gesetzentwurf der Bundesregierung wird an uns nicht scheitern“. Das von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) geführte Staatsministerium wollte sich aber noch nicht auf ein Votum festlegen. Ein Sprecher teilte mit, der Gesetzentwurf werde geprüft – dann werde eine Entscheidung über das Abstimmungsverhalten getroffen. *dpa* Seite 2

Bayern siegt in Hoffenheim

SINSHEIM Der FC Bayern München hat das erste Bundesliga-Spiel im neuen Jahr mit 3:1 (2:0) bei der TSG 1899 Hoffenheim gewonnen. Der FCB setzte sich am Freitagabend durch einen Doppelpack von Nationalspieler Leon Goretzka (34./45.+1) und einen Treffer von Robert Lewandowski (87.) in Hoffenheim souverän durch. Für die erst nach der Pause stärker aufspielenden Gastgeber erzielte Nico Schulz (59.) nur den zwischenzeitlichen Anschlusstreffer. Durch den Auswärtssieg verkürzte das Team von Trainer Niko Kovac den Rückstand auf den Spitzenreiter Borussia Dortmund zumindest für einen Tag auf drei Punkte. *dpa* Seite 21

Service

Wie gesund ist Rohkost wirklich? Diese Frage wird von einer Expertin beantwortet. Seite 9

Kultur

Bach-Schwerpunkt und Uraufführung: Programm des Hohenloher Kultursommers vorgestellt. Seite 27

Sport

Auf dem angestrebten Weg ins WM-Halbfinale treffen Deutschlands Handballer heute auf Island. Seite 23

Region

Wegen versuchtem Mord ist ein Flüchtling aus Syrien angeklagt. Handelte er im Wahn? Seite 29

Wetter in der Region

Samstag -5 bis 1 Grad ☀️
Sonntag -6 bis 0 Grad ☁️
Montag -5 bis 0 Grad ☁️

Schnell gefunden

Fernsehprogramm Seite 28
Roman Seite 14
Rätsel/Sudoku Seite 14
Wetter & Termine Seite 20

Ihr direkter Draht zu uns

Tel. 07131 615-615 · Mo.–Do. 7–18 Uhr, Fr. 7–17 Uhr, Sa. 8–12 Uhr

ANZEIGE

Leser werben Leser

Jetzt Prämie sichern!

Leser werben Leser

www.stimme.de/lwl

